

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P. XXVI/17

26. Januar 1971

Diffamierung

Franz-Josef Strauß und die Ostpolitik der
Bundesregierung

Seite 1 / 43 Zeilen

Ein Gebot der Solidarität

80 Millionen DM mehr für das Zonenrandgebiet

Von Konrad Potzner SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses
des Bundestages

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Probleme des Kampfes gegen den Revi-
sionismus" (2)

Seite 4 und 5 / 102 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

Westpolitik und Ostpolitik gehören zusammen
Gemeinsam haftende Erben der deutschen Ge-
schichte

Eingliederung der Spätaussiedler

Frage nach der Information für die Aus-
siedlungswilligen

3. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz dem
Bundestag zugeleitet

"Keinem Waterland Deutsche Demokratische
Republik"

Internationale Kulturarbeit der DDR

Zum 65. Geburtstag von Max Seidel

Oberschlesische Millionenstadt angestrebt

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 3153
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 57-33
Telex: 888 846/896 847/
888 846 FPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Diffamierung

Franz-Josef Strauß und die Ostpolitik der Bundesregierung

Ein Satz, gesprochen von Franz-Josef Strauß auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf, verdient im Gedächtnis der Zeitgenossen festgehalten zu werden. Er wirft ein bezeichnendes Licht auf den Mann, der es nicht überwinden kann, daß seine Partei und die CDU durch den Wahlerfolg vom September 1969 auf die Bänke der Opposition verwiesen wurden, aber auch auf jene Delegierte, die diesem Satz in heller Begeisterung zufubelten.

Der CSU-Vorsitzende appellierte in seinem Grußwort an die Schwesterpartei, die Hemdsärmel aufzukrempeln und dafür zu kämpfen, "daß wieder einer von uns in das Palais Schaumburg einzieht und deutsche Politik macht". Nahezu fugenlos fügte sich in diese Diffamierung der Brandt/Scheel-Regierung die Behauptung des früheren Bundeskanzler Kiesingers ein, die Bundesregierung habe ohne Not und ohne Gegenleistung in der Ostpolitik wichtigste deutsche Positionen aufgegeben, und von der ganzen Welt werden die bisherigen Ergebnisse der Ostpolitik als ein großer Erfolg der sowjetischen Politik und als eine bedeutende Stärkung ihrer Macht angesehen.

Beide Sätze unterstellen, es werde heute im Palais Schaumburg keine deutsche Politik gemacht, die von Brandt/Scheel geführte Bundesregierung gehe leichtfertig mit den Interessen unseres Volkes um. Das ist schlicht und einfach Diffamierung und Verdrehung der Wirklichkeit.

Am gleichen Tage, an dem die beiden CDU/CSU-Politiker auf die nationalistisch-deutsch-nationale Pauke schlugen, bestätigte der französische Staatspräsident Pompidou seinem deutschen Gesprächspartner Willy Brandt, daß die Unterzeichnung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen parallel zu jenem Weg verläufe, den die französische Regierung zu gehen versuche. Am gleichen Tage stellte der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky vor der Beratenden Versammlung des Europarates der Bundesrepublik das Lob aus, ihre Ostpolitik diene der Entspannung in Europa und verdiene deshalb die Unterstützung aller. Ebenfalls am gleichen Tage bekundete der norwegische Außenminister in Oslo den Willen seines Landes an einer Entwicklung zur europäischen Zusammenarbeit zwischen West und Ost.

Die von der Bundesregierung verfolgte Ostpolitik, die ja eingebettet ist im westlichen Bündnissystem, hat die Zustimmung unserer westlichen Partner und vieler neutraler Länder gefunden. Nur Strauß und Kiesinger, hier traut vereint, nehmen dies nicht zur Kenntnis. Ihnen geht die ganze Richtung wider den Strich. Sie haben nichts Positives und schon gar nichts Alternatives anzubieten. Ihr Blick ist rückwärts gewandt. Sie können sich gewiß nicht auf Freunde bei unseren Verbündeten berufen.

Ein Gebot der Solidarität

80 Millionen DM mehr für das Zonenrandgebiet

Von Konrad Porzner SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages

Die rapide Industrialisierung unseres Landes bringt für viele Landschaften schwierige Strukturveränderungen mit sich. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft, der Sog der städtischen Zentren, wo höhere Einkommen bezahlt werden, wo die öffentlichen Dienstleistungen in der Regel viel besser sind, das Stagnieren bestimmter Gewerbezweige, sind Ursachen der Abwanderung vieler Menschen. Viele solcher Gebiete liegen im Zonenrandgebiet zwischen Lübeck und Hof und an der Grenze zur Tschechoslowakei. Für sie kommen zu den Schwierigkeiten, von denen alle strukturschwachen Gebiete betroffen sind, noch besondere Belastungen hinzu. Denn hier sind in Jahrhunderten gewachsene Wirtschaftsrisse und Handelswege geteilt und unterbrochen.

Diese Regionen unterscheiden sich insofern wesentlich von anderen Förderungsgebieten. Deswegen rißt die Bundesregierung der besonderen Förderung des Zonenrandgebietes große Bedeutung bei. Seit 17 Jahren bemüht sich die Bundesregierung durch vielfältige Förderungsmaßnahmen im Zonenrandgebiet, Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen, die denen im übrigen Bundesgebiet entsprechen.

Der größte Teil der Förderungen beruhte auf Verwaltungsmaßnahmen. Die bisherige Praxis hatte sich zwar sehr gut bewährt, aber auf Grund eines Urteils des Bundesfinanzhofes vom Juli 1970 sind die Steuervergünstigungen ohne Rechtsgrundlage. Durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der zur Zeit im Bundestag beraten wird, soll die ganze Zonenrandförderung eine gesetzliche Grundlage erhalten.

Der Gesetzentwurf sichert einerseits die bisherigen Förderungsmaßnahmen und Präferenzen für dieses Gebiet, ermöglicht es

aber andererseits der Regierung, auch in Zukunft die Hilfsmaßnahmen in einzelnen so flexibel zu gestalten, daß eine größtmögliche Wirkung erreicht werden kann.

Zum Ausgleich von Standortnachteilen und zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen wird das Zonenrandgebiet im Rahmen der regionalen Aktionsprogramme zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft besonders berücksichtigt und beim Ausbau der Straßen, der Energie- und Wasserversorgungsanlagen sowie von Ausbildungsstätten bevorzugt behandelt. Es erhält einen Ausgleich für die zusätzlichen Frachtkosten und wird bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt.

Bei Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft können durch Sonderabschreibungen finanzielle Erleichterungen gewährt werden, um für Nachteile, die sich aus den besonderen Verhältnisse dieses Gebietes ergeben, einen Ausgleich zu schaffen. Die Wirtschaftshilfe im Rahmen des Investitionszulagengesetzes bleibt davon unberührt. Des weiteren werden für den sozialen Wohnungsbau zusätzliche Bundesmittel zur Verfügung gestellt. Das wirtschaftliche Förderungsprogramm wird ergänzt durch die Hilfe des Bundes beim Bau sozialer Einrichtungen, insbesondere von Kindergärten, Sportstätten, Familienferienheimen und von Einrichtungen für die ältere Generation.

Die Mittel zur Förderung des Zonenrandgebietes werden durch dieses Gesetz um 80 Millionen DM erhöht. Die Mehraufwendungen kommen ganz der Förderung der sozialen Einrichtungen und des sozialen Wohnungsbau zugute.

Alles in allem, mit diesem Gesetz dokumentiert die Bundesregierung, daß sie gewillt ist, das Mögliche zu tun, um den Menschen zu helfen, die von der Teilung unseres Landes hart betroffen sind.

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Probleme des Kampfes gegen den Revisionismus" (2)

Fünftens/ Die breiteste Entwicklung der Massenmedien führt umfassendste Bevölkerungsschichten an das gesellschaftliche Leben im nationalen und internationalen Maßstab heran. Das geschieht in den Ländern des Kapitals jedoch im Sinne der herrschenden Klasse. Die Information demoralisiert oder verdummt dort das Bewußtsein der Menschen in hohem Maße, anstatt sie zu bilden. Dieser ideologische Druck schafft die psychologische Grundlage für den Opportunismus.

Alle diese Faktoren zeigen, daß die ganze widerspruchsvolle Entwicklung des Kapitalismus die Förderung sowohl der revolutionären als auch der opportunistischen Strömung in der Arbeiterbewegung stimuliert. Die Dinge werden folglich in vielem vom Kampf dieser Strömungen, nicht aber allein durch die objektiven Umstände als solche entschieden.

Die Ermittlung der sozialen Wurzeln des Opportunismus in der Arbeiterbewegung liefert jedoch noch keine vollständige Antwort auf die Frage nach den Ursachen einer gewissen Belebung der revisionistischen Tendenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Ist doch allgemein bekannt, daß sie gerade im Kampf gegen den Opportunismus in allen seinen Abarten entstand, sich entwickelte und festigte.

Im Zusammenhang damit muß vor allem an die Leninsche Weisung erinnert werden, daß die revolutionären Parteien nicht im geringsten "vor den alten Fehlern" bewahrt sind, "die stets aus unerwarteten Anlässen, in etwas neuer Form, in früher noch nicht gekannter Verhüllung oder Umgehung, unter originellen - mehr oder weniger originellen - Umständen auftreten".

Das sozialistische Bewußtsein wird in einem langwierigen Prozeß in die Arbeiterbewegung hineingetragen, es ist dies kein einmaliger Akt der Verbindung, der sozialistischen Ideen mit der Arbeiterklasse. Es wäre eine Simplifizierung, wollte man annehmen, diese Vereinigung werde durch die Gründung kommunistischer Parteien unerschütterlich verankert. Bahnt sich doch die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in ständigem ideologischem Kampf selbst den Weg, der natürlich mit politischem Kampf verbunden ist. Dieser Kampf wird gleichzeitig an zwei Fronten geführt. Er richtet sich einerseits gegen die bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie außerhalb der kommunistischen Bewegung, das heißt, er wird darum geführt, immer neue Schichten der Arbeiterklasse und breite Schicht der Werktätigen überhaupt für den wissenschaftlichen Sozialismus zu gewinnen, andererseits dauert er innerhalb der kommunistischen Bewegung an, weil der Anschluß an diese Bewegung an und für sich noch nicht automatisch die Aneignung der marxistischen Weltanschauung in ihrem ganzen Umfang bedeutet.

Bei bestimmten jähen Wendungen der Ereignisse und im Zusammenhang mit neuen Entwicklungskomplikationen kann der einseitige Charakter der Aneignung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zum Vorschein kommen, denn das Leben wirft unerwartete Fragen auf. Diese Fragen sind zweifellos auf der Basis des allgemeinen

Verstehens der Theorie und auf der Basis der marxistischen Methoden der konkreten Analyse der konkreten Erscheinungen lösbar, jedoch können neue Probleme auch opportunistische Abweichungen der einen oder anderen Art verursachen, wenn man ein auf Grund national beschränkter Erfahrungen erarbeitetes Maß anlegt.

Davor sind auch die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder nicht sicher. Es ist nicht nur so, daß in diesen Ländern Überreste bürgerlicher Verhältnisse in der Wirtschaft und im Bewußtsein der Menschen bestehen geblieben sind, daß der Druck der bürgerlichen Ideologie von außen anhält. Es verhält sich auch so, daß jede Vorwärtsbewegung ihre Widersprüche mit sich bringt. Natürlich unterscheiden sich Widersprüche in den sozialistischen Staaten von Grund auf von den Widersprüchen des Kapitalismus. Die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus werden aber von den verschiedenen Elementen auf verschiedene Weise empfunden, besonders bei schroffen Wendungen in der Geschichte. Die unmittelbaren Erfahrungen selbst können von sich aus keine volle Vorstellung vom Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung vermitteln, denn diese Erfahrungen sind unweigerlich vom Unterschied im Entwicklungsstand der einzelnen Ländern, von der nationalen Spezifik, von den Besonderheiten der internationalen Stellung des jeweiligen Landes usw. geprägt. Die durch die nationalbeschränkten Erfahrungen hervorgerufenen Vorstellungen können sich fest verwurzeln, wenn die Politik der Partei nicht richtig ist und wenn, wie oben festgestellt wurde, die Parteien im Ganzen nicht vor Einseitigkeit sicher sind. Deshalb ist besonders wichtig, daß an die Ausarbeitung der Parteipolitik internationalistisch herangegangen wird, was die Berücksichtigung der Gesamtheit der Klassenbeziehungen auf dem internationalen Schauplatz und die Berücksichtigung der internationalen Erfahrungen einschließt. Wenn die Partei so vorgeht, überwindet sie die durch die Besonderheit ihrer Arbeitsbedingungen hervorgerufene Einseitigkeit der eigenen Erfahrungen.

Revolution und Sozialismus ziehen eine gewaltige Menge Menschen in das politische Leben, Menschen, die jedoch mit verschiedenen Vorurteilen, darunter auch nationalistischen, belastet zur Revolution und zum Sozialismus kommen. Und so paradox es klingen mag, die erhöhte politische Aktivität und Organisiertheit der Massen verleihen nicht nur der Revolution und dem Sozialismus große Kraft, sondern auch den Erscheinungen des Nationalismus, die auf Unreife der Klassenweltanschauung zurückzuführen sind. Unter diesen Umständen hängt viel von der lenkenden Rolle der Partei ab, sind aber auch viele Parteimitglieder nationalbedingten Stimmungen unterworfen, ruft dies unweigerlich die einen oder anderen Verzerrungen in der Innen- und Außenpolitik hervor.

Die Dialektik der Arbeiterbewegung und des Sozialismus ist jedoch so beschaffen, daß in ihrer Entwicklung mit der zunehmenden Bedeutung der nationalspezifischen Momente auch die Rolle der internationalen Verbindungen wächst. Die Erfahrungen erfordern es in immer stärkerem Maße, daß der Internationalismus nicht nur eine ideologische, sondern auch eine praktische Kraft ist, daß die berechtigten Forderungen und die progressiven Bestrebungen der Werktätigen jeder Nation gerade durch den Internationalismus voll und ganz befriedigt werden können.

(Fortsetzung folgt am 27.1.1971)